

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Oktober 1959

46/J

A n f r a g e

der Abgeordneten M a h n e r t, Dr. G r e d l e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend den wahren Grund des Nichtbeitritts Österreichs zur Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft.

-.-.-.-.-

Während weite Kreise der österreichischen Wirtschaft und auch der
Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung nachdrücklich in Wort und
Schrift für den ehesten Beitritt Österreichs zur EWG. eintreten, hat die
Bundesregierung wiederholt erklärt, dass dies aus verschiedenen Ursachen -
der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auf die dadurch zu befürch-
tende Beeinträchtigung des Handels mit den kommunistischen Staaten hin -
nicht möglich sei. Laut einer Äusserung des Bundesministers für Auswärtige
Angelegenheiten bei einem öffentlichen Vortrag über Grundfragen der öster-
reichischen Aussenpolitik am 21. d. M. im Innsbrucker Stadtsaal aber gibt es
Gründe, die nur der Bundesregierung bekannt sind und die einen Beitritt zur
EWG. verhindern.

Da es sich um eine Lebensfrage Österreichs handelt, hat die Öffent-
lichkeit ein Recht, alle Gründe, die für oder gegen eine Integration der
europäischen Wirtschaft im obigen Sinne sprechen, kennenzulernen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung
die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, dem Nationalrat über die Gründe,
die bisher den Nichtbeitritt Österreichs zur EWG. verhindert haben, rück-
haltlosen Aufschluss zu geben?

•••••